

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.

Mittwoch, den 2. April 1919.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.

Bezugspreise:

Monatlich 1.20 RM, monatlich 2.00 RM...

Der „Vorwärts“ erscheint wochentlich zweimal...

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Anzeigenpreise:

Die wichtigste Anzeigenart ist die... 10 Pfennig...

Verfagen der Streikparole im Ruhrrevier.

Sochum, 1. April, 8 Uhr abends. (Fig. Drahtbericht des „Vorwärts“.) In einem allgemeinen Ausstand...

Die Arbeiter folgen der Generalstreikparole nicht.

Essen, 1. April. Soweit sich die Lage jetzt übersehen läßt hat die Streikauflösung...

Schächte erkaufen.

Ein Mitarbeiter der V. P. K., der in den letzten Tagen im Ruhrrevier gewirkt hat...

Zunehmend der Arbeiterschaft gehen auch heute noch, nachdem die Kommissionsfrage...

Wegen die aufgestellten elf Forderungen macht sich nicht nur bei den Unternehmern...

Aus dem Ruhrrevier erfahren die V. P. K. unter dem 1. April: In Sochum...

Dortmund, 1. April. (Z.) Mit welchen verwerflichen Mitteln die radikalen Elemente...

wenn er der Mehrheitssozialdemokratie den Rücken...

Essen, 1. April. Nach den aus den einzelnen Bergrevieren vorliegenden Meldungen...

Die Volkstaschen ohne Gas!

Sochum, 1. April. Im hiesigen Bezirk hat die Streikbewegung an Ausdehnung gewonnen...

Castrop, 1. April. (Z. N.) Zwischen Demonstranten und Mitgliedern der hiesigen Sicherheitswehr...

Plünderungen in Frankfurt a. M.

In Frankfurt wird den V. P. K. gebräutet: Bei den Unruhen am 31. März...

Sämtliche Parteien haben heute morgen einen gemeinsamen Aufruf...

Frankfurt a. M., 1. April. (Z.) Das Lebensmittelamt teilte mit: Bei den Plünderungen...

Der Polizeipräsident erläßt eine neue Manninmachung, wonach die Straßensperre...

Der Frankfurter Arbeiterrat zu den Unruhen.

Frankfurt a. M., 1. April. Bei Beginn der heutigen Sollverammlung des Arbeiterrates...

Demokratie und politischer Streik

Grundsätzliches zum Streik im Ruhrrevier.

Vor dem Krieg hat die Sozialdemokratie den politischen Massenstreik als Mittel zur Erkämpfung...

Die „Freiheit“ streift in einem Artikel über „Gewaltlosigkeit“ diese grundsätzlichen Probleme...

Gleichviel, jedenfalls handelt es sich hier um die alte Krankheit der Unabhängigen...

Der hingegen aber Sozialist und Demokrat ist für den ist es selbstverständlich...

In allen Gesetzgebungen der Welt ist Vorzorge dafür getroffen...

So kann also auch kein vernünftiger Mensch eine streikende Berufsgruppe...

Die Frage „Politischer Massenstreik oder nicht?“ spitzt sich daher unter...

Daraus ergibt sich dann auch, daß der Begriff der Solidarität auf den politischen Streik...

unter Recht, uns als Staatsbürger frei zu betätigen, be-
nichten.

Durch die Arbeiterklasse geht heute ein Zug von gären-
der Unklarheit. Elemente, die jahrzehntlang schliefen, sind
von der Revolution wachgerüttelt und beginnen, sich in un-
klarem Drang zu betätigen. Die Unterernährung schafft ge-
reizte Stimmungen und mit ihnen eine Atmosphäre, die
den Willen günstiger ist als geordnetem politischem
Denken und Handeln. Hier ist es die Pflicht aller, die in der
Arbeiterbewegung groß geworden, mit ihren Zielen und Me-
thoden vertraut sind, helfend und ordnend einzugreifen ohne
Sorge darum, ob sie sich dadurch zu populären Strömungen
des Tages in Widerspruch setzen könnten. Es kommt
noch die Zeit, in der für ruhigeres Urteil Platz sein wird,
und dann wird die Arbeiterklasse zu unterscheiden wissen
zwischen denen, die auch unter schwierigen Umständen ihren
Grundsätzen treu geblieben sind, und denen, die im Sturm
der Lage wie Wetterfahnen hin und hergeschwankt.

Die Sozialdemokratie hat in ihrem Kampf stets zwischen
politischen und wirtschaftlichen Zielen unterschieden, und sie
hat nie ein anderes politisches Ziel gefasst als den „Voll-
staat“, die Staatsordnung der Demokratie. Sie hat in
jahrzehntelanger Propaganda immer wieder betont, daß für
sie eine Trennung von Sozialismus und Demokratie un-
denkbar sei — daher ja auch der Name Sozialdemokratie —
und daß sie keinen anderen Weg zum Sozialismus kenne als
den über die Demokratie. Man kann diesen alten Program-
matischen Grundsätzen treu geblieben, man soll dann nur
nicht behaupten, daß man selber der Alte geblieben, der an-
dere aber ein „Verräter“ geworden sei. Falsch ist die oft ge-
hörte Formel, die Mehrheitssozialisten seien mehr Demo-
kraten und die Unabhängigen mehr Sozialisten — richtig
müßte es heißen: Die Mehrheitssozialisten sind mehr Sozial-
demokraten und die Unabhängigen mehr Spartakisten.

Freilich, was Sozialdemokraten wie Spartakisten in
gleichem Maße eignet, ein festes Programm, das fehlt den
Unabhängigen vollständig. Darum wird auch dieser Versuch,
sie zu einer grundsätzlich klaren Stellung in der Frage des
politischen Massenstreiks zu veranlassen, vergeblich
bleiben. Sie werden weiter schimpfen auf die Mehrheits-
sozialisten, die sich zum Wahnsinn der politischen Streiks in
der gegenwärtigen Zeit ablehnend verhalten, und aus Stim-
mungskonjunkturen keine Vorteile für sich herauszuschlagen
versuchen. Aber eine Politik der bloßen grundsätzlichen Taktik
bleibt, wenn ihr auch vorübergehende Erfolge beschieden sein
sollten, immer kurzfristig.

Wir ziehen es vor, uns den Unannehmlichkeiten auszu-
setzen, mit denen das Festhalten an bestimmten Grundlinien
gegenüber verbunden ist, bleiben auch als Sozialisten unbe-
dingte Demokraten, und sagen es auch denen, die es nicht
hören wollen, ins Gesicht, daß nach unserer Überzeugung
in dieser Zeit der politische Massenstreik eine Torheit und ein
Verbrechen an der Arbeiterklasse ist. Wer als
Spartakist alle fünf Minuten einen neuen Streik ansetzt,
um geliebter über die Hungerkatastrophe zu einem ein-
gebildeten Paradies zu kommen, handelt in seinem Fanatismus
konsequent, wer aber, ohne Spartakist zu sein, darauf hinar-
beitet, ist ein Esel, und wer in dem Kampf der Grundfrage
keine feste Stellung findet, der ist alles, nur kein Held. Wir
Sozialdemokraten warten inaktiv, bis auch diejenigen,
die jetzt gegen uns aufgebracht sind, durch Erfahrung ge-
wisst, einsehen lernen, wie recht wir hatten.

Verichtigung. Im Leitartikel von gestern nachmittags befindet
sich ein sinnverfälschender Fehler. Der Schlusssatz des fünften Absatzes
muß richtig lauten: „Dazu kommt, daß der Körper der Groß-
Berliner Arbeiterklasse infolge des Besinnungswechsels einer größeren
Anzahl von Arbeiterräten, die mit ihrem Besinnungswechsel ihr
Mandat nicht in die Hände ihrer Wähler zurückgaben, heute nicht
mehr der treue Ausdruck der Anschauungen der Berliner Arbeiter-
schaft ist.“

Kameradschaft.

Hängebornen saust der letzte Schnee
mit den Stürmen dieser Werbestage.
Aus Verzweiflung, Aufschrei, Trost, Klage
höre, Mensch, das Räuseln der Idee:
Kameradschaft!

Mensch an Mensch saust in den Erdenstößen,
Mensch an Mensch steht an der Arbeit Wäulen.
Urgewaltig reißt sich neues Denken
aus den Wirren unserer Zeiten los:
Kameradschaft!

Lehner Bruder, fühle deine Hand
von Millionen Schweißenden umschlungen.
Hoffnung länden ungezählte Jungen,
die das Heil der neuen Welt erkannt:
Kameradschaft!

Kommen Stolz, Gewalt und Prunk zu Fall,
die in Feindschaft Mensch vom Menschen schieben,
glänzt ein Sternwort über'm Weltenfrieden
schöner als Orion hoch im All:
Kameradschaft!

Arthur Bielew.

Totenschädel preiswert zu verkaufen.

Von Marie Louise Vancels.

Ich bummelte die Potsdamer Straße hinunter, nur so zum
Zeltvertrieb, schau, schau, treffe einen Bekannten, heute eine
Zeitung, die Schaulustler lenke ich beinahe ab. Aber vor diesem
Geschäft derweil ich stets ein bißchen länger. Ein Gemisch von
Pulver und Verwölkern die Auslögen.

Es ist einer der ewigen Ausverkauf, dauert mindestens schon
etliche Jahre, tut sich stets neu auf. Bilder sind zu sehen, gute
und Schand, schredliche Gedrude zwischen interessanten Stichen,
Spiegel, Kippesachen, Schalen, Bronzen, Figuren, alte Reichner
Bergellan, Löffel, türkische, indische Teppiche, Kristalle, Lampen,
Benzolier, Dreier- und fünf-Mark-Geldentartikel und noch viel
mehr; ein buntes Lager toller Gegenständlichkeiten, vorzüglich Ge-
schmacksvoll, glücklichem Kunst, Tadel, allerlei aus aller Welt.
Gott weiß welchem Ursprung entstammend durch welchen Zufall
herber verschneit, aus Kochlöcher, Kleiderbänder, Kullionen, von
bezerrten Familien.

Und irgendein antikes Möbelstück zieht mich den Hauptaugen-
merk auf sich, ist Schönbild. Heute ein wunderhübscher alter Wiede-
meierstuhl. Die Rücken handgestickt, mit großen bunten, rührend
weisen Blumen. Ein solches allerliebste Fußbänkchen laßt
ganz Eigen ein. Welch herrliches kleines Wiedermeyerstülein mit

Frankreich verschleppt den Frieden.

Wachsendes Mißbehagen Englands und Amerikas.

Rotterdam, 1. April. Laut „Nieuwe Rotterdamse
Courant“ meldet „Daily Chronicle“, daß die Frage
der Wiedergutmachung eines der größten Hindernisse
für den Frieden sei. Man ist der Meinung,
daß, wenn die Franzosen der amerikanischen Methode, die
Wiedergutmachung betreffenden Fragen zu lösen, be-
pflichtet, man sagen würde, daß der Friede beinahe in Sicht
sei. Die Franzosen nehmen den Standpunkt ein, daß das
ganze Saartal Frankreich als ein Teil der Entschädigung
für die von den Deutschen zerstörten französischen Kohlen-
bergwerke abgetreten werden müsse. Es wird angenommen,
daß sowohl Wilson als auch Lloyd George dagegen
protestiert haben. Der amerikanische Standpunkt
ist der, daß die Alliierten sich an dem Prinzip bekannt haben,
daß die Völker nicht verteilt und nicht ohne ihre
eigene Zustimmung von einer nationalen Obergewalt einer
anderen abgetreten werden dürfen.

„Daily Chronicle“ schreibt weiter, daß es begreiflich sei,
wenn die in Amerika herrschende Unzufrieden-
heit über die Verzögerung des Friedens-
schlusses auf Wilson einen Einfluß ausübe und Präsident
Wilson sich dann frage, ob er den Interessen seines
Landes damit diene, daß er länger in Paris
bleibe. Dem „Daily Chronicle“ zufolge hat die Spannung
auf der Friedenskonferenz ihren Höhepunkt er-
reicht, wobei ganz offen darauf hingewiesen wird, daß
an jeder Verzögerung des Friedens Frankreich die
Schuld trägt. Der ärgerlichste Zug an der Haltung der
Franzosen sei die Tatsache, daß sie immer wieder, nachdem sie
klar und deutlich einer bestimmten Regelung beigegeben
haben, neue Vorschläge machen, die mit der früheren Ueber-
einkunft nicht vereinbar sind oder der ursprünglichen Regelung
nicht nachkommen wollen. Inzwischen sei die Lage in欧-
ropa so schlecht geworden, daß manches Volk, um das es bei
den Verhandlungen geht, zweifelt, ob die Alliierten dieser Lage
Herr werden können. Die Wahrheit sei, daß die Lage an
der Friedenskonferenz ernst sei. Wenn nicht bald
eine Änderung zum Guten eintrete, könnten trübselige
erregende Dinge eintreten.

Die „deutsch-bolschewistische Verschwörung“.

Gefälschte Dokumente.

Folgende Erklärungen gehen uns zu:
1. Im „Freien Verlag“, Bern, ist eine Broschüre „Die
deutsch-bolschewistische Verschwörung“ erschienen. 70 Doku-
mente über die Beziehungen der Bolschewiki zur deutschen
Deeresleitung, Großindustrie und Finanz, nebst einer
Anzahl photographischer Reproduktionen, herausgegeben vom
Committee on public information, United States of America.
Diese Broschüre, die angeblich Dokumente an das Licht
schränkt, die sowohl den Generalstab, wie die Nachrichten-
abteilung des Auswärtigen Amtes, die Reichsbank und die
Deutsche Bank vor aller Welt als Mitverschwörer der Bolsche-
wisten belassen sollen, ist weiter nichts, als eine ebenso ge-
wissenslose wie plumpe Fälschung. Eine gemein-
same Untersuchung der Dokumente durch die betreffenden an-
gegriffenen deutschen Behörden und Bankinstitute hat dies
völlig klargestellt.

Die unterzeichneten deutschen Behörden und Bankinstitute
erheben daher gegen eine solche historische Fälschung, die
unter Mißbrauch ihres Namens bewerkstelligt wurde, Protest.
Es erübrigt sich hinzuzufügen, daß selbstverständlich auch die
sogenannten photographischen Fassimiles und offiziellen Doku-
mente nichts anderes als gemeine Fälschungen sind.

Nachrichtenausschreibung des Auswärtigen Amtes.
Großer Generalstab.
Reichsbank. Deutsche Bank.

Schnürschuhen im Kouffelinleide mag einmal darauf getruht
haben?

Schade, die weißen Etiketten mit den genauen Preisbezeich-
nungen, in diesem Geschäft üblich, weil alles erstaunlich billig sein
soll, wirken ernüchternd. Solche Stücke haben doch Erinnerungs-
oder Gefühlswerte. Ein Reichner Marmorbüchsen trägt den Ver-
merk: „Für 57 Mark“. Kleiner Gott, du bist ein reizendes Ge-
schäft für die gute Stube eines Brautpaares. Du bist wirklich
zum Hüften mit deinen vielen Pausbüchsen!

Und dann erwidere ich etwas Besonderes, bin ein bißchen ver-
druht, lache ein wenig, um gleich darauf wieder ernst zu werden.
Im letzten venetianischen Spiegel, schön dekoriert, mit schillernden
glänzendenblauen und rosa Fassetten besetzt, hat sich ein Toten-
schädel.

Ellenbeinerglänzt der glatte Schädel. Die offenen Augen-
höhlen starrten ins Licht, die Zahnräder blühten noch gut erhalten
im Riefel. Daneben ein Fettschmelz: Totenschädel, herabgesetzt,
preiswert zu verkaufen, nur 88 Mark!

Arger Sterblicher, dem du einst angehörtest! Vielleicht dem
Nachol eines Arztes schände entrisse, grinsen die eingefallenen
Rosenblätter durch die Scheiden.

Draußen auf der Straße kreiselt, eilt, treibt, haßt der
Menschenstrom wie immer zuvor, zur Arbeit, zum Vergnügen,
das buntig genossen wird, möglichst schnell, in kompakten Mengen,
gequält, beinahe krampfhaft. Das Leben zieht seine bunten
Bahnen. Die einsame Schädel bohrt dazu ein stummes Mo-
mento mori.

Unter uns, von kurzer Zeitspange getrennt, steigt die Schädel-
hülle des großen grausamen Krieges türmen sich die unüberseh-
baren Leidenfelder der Gefallenen. Und hier im Land spielt Spar-
tasus mit dem Knochenmann. Totenschädel — Schädel — sie sind
im Beschäftigern bedeutend herabgesetzt, es sind ihrer gar zu viele.
Das Leben eines einzelnen bedeutet nicht mehr als das Krabbeln
einer Ameise im großen Gassen. Ein Fortschrittsein von der un-
geheuren Menge, kaum ein Atom bleibt übrig.

Wie war es doch neulich im Grundestreich? Ich fragte nach
diesem und jenem und dem da: Damals blühende, junge strebende
Männer. Und die Antwort? Fast unwiderrlich, so, als sollte es
heßen: „Stille unter Hofgen nicht, wir wissen wohl, a ja, längst
gefallen, längst. Im Kriege, bei der Revolution aber es ist mal
so, mer lang' anders!“ Und vergessen, oder beinahe vergessen,
hätte ich hinzugesagt.

Grüne Nische liegt zwischen ihren kalten modernen Weibern und
jenen mit dem warmen Jüden, die doch so gern, ach so gern,
dem Leben ein bißchen Genuss schenken möchten. Der Boden
gittert vorkantig unter unseren Füßen. Guckt nicht auch hier der
Tod lauernd um die Straßenecke? Was tust, die vorüberziehen,
wenden ihre Blicke sorglos ab von dem Fährlichen, dem Berggehen
des Todes.

Kleiner Schädel, ich fürchte, du wirst lange warten müssen, ehe

2. In diesen „Dokumenten“ ist mein Name genannt:
einmal in Dokument Nr. 4 und einmal in Dokument Nr. 67,
einem Brief, der meine Unterschrift trägt. Ich erkläre, daß
dieser Brief vom ersten bis zum letzten Wort
gefälscht ist; daß sämtliche Vorgänge, mit denen ich in
beiden Dokumenten in Verbindung gebracht werde, mir völlig
unbekannt sind; daß ich mit einer „deutsch-bolschewistischen
Verschwörung“ nie das geringste zu tun gehabt habe. Wenn
alle 70 Dokumente der Wahrheit so unbedingt widersprechen
wie die zwei, welche meiner Person Erwähnung tun, so ist
die ganze Veröffentlichung völlig wertlos.

Scheidemann.

Kein Religionszwang mehr im neuen Schuljahr.

Verfügung des Kultusministers Haack.

Der Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung
erläßt folgende Verfügung:

Vornehmste Pflicht eines freien Staates ist es, die
Gewissensfreiheit sicherzustellen. Insbesondere gilt das
für das Gebiet des religiösen Lebens und der religiösen Er-
ziehung. Dazu gehört auch entsprechend der Regierungs-
klärung vom 2. März 1919, daß der Religionsunterricht
wahrhaftig ist. Bis zum Erlaß künftiger Gesetze, die die Beziehungen von Staat,
Kirche und Schule zueinander auf neue Grundlagen stellen, ist
bezüglich den nachstehenden Grundfragen gemäß zu verfahren:

1. Soweit nicht bereits nach den bisherigen Bestimmungen
Schüler der öffentlichen Schulen von der Teilnahme an lehrplan-
mäßigen Religionsunterricht befreit sind oder befreit werden
können, sind sie auf Antrag von der Teilnahme an dem Religions-
unterricht zu entbinden. Zur Stellung des Antrags sind die-
jenigen befugt, welche die Religion, in der die Schüler zu erziehen
sind, zu bestimmen haben bzw. nach Erreichung des religions-
mündigen Alters die Schüler selbst.

2. Schüler, die von der Teilnahme am Religionsunterricht
befreit sind, sind auch nicht zur Teilnahme an Schulfestern mit
religiösem Charakter verpflichtet.

3. Lehrern und Lehrerinnen an öffentlichen Schulen — mit
Ausnahme der eigens für den Religionsunterricht angestellten —,
die aus Gewissensbedenken um Befreiung von der Ver-
pflichtung zur Erteilung von Religionsunterricht nachsuchen, ist
die Erteilung des Religionsunterrichts abzunehmen, ohne daß sie
deshalb in ihren Dienstverträgen befristet oder von den Aufsichts-
behörden zurückgesetzt werden dürfen. Diese Lehrer (Lehrer-
innen) sind auch zur Teilnahme an Schulfestern mit
religiösem Charakter nicht verpflichtet.

4. Die Teilnahme von Lehrern und Schülern an kirchlichen
Veranstaltungen außerhalb der Schule ist freiwillig.

Bei organisch vereinigten Kirchen- und Schulämtern bleibt
die Ausübung der kirchlichen Amtspflichten der Stelleninhaber
späterer Regelung vorbehalten.

Diese Bestimmungen treten mit Beginn des neuen Schuljahres
in Kraft.

Die Landung der Polen.

Hochs Instruktionen.

Wag. 1. April. Aus Paris wird gemeldet: Präsident
Wilson und die drei Premierminister haben heute Hoch
die notwendigen Instruktionen bezüglich Danzigs.
Einzelheiten über diese Instruktionen sollen aber erst bekanntgegeben
werden, wenn sie Deutschland selbst zur Kenntnis gegeben sind. Im
Zusammenhang mit dem deutschen Vorschlag würden die Entente-
befehlshaber es nicht als eine Verletzung des
Waffenstillstandes ansehen, wenn die deutschen Behörden
für die Landung einen anderen Hafen vorschlugen. Laut im
London eingegangenen Berichten verklärten die Deutschen nicht nur
ihre Garnison in Danzig, sondern stellen auch Geschütze längs der
Küste und in der Umgebung der Stadt auf.

du einen Liebhaber und Käufer findest. Ja, wärest du ein
häßliches Karobüchsen, ein Spiegel für eitle Damen, ein feines
Kosokosbüchsen — aber so —

Vor meinen Augen langen groß die Worte: Totenschädel,
herabgesetzt, preiswert zu verkaufen, nur 88 Mark!

Münchener Oper.

Die Münchener Nationaloper unter Bruno Walter's Leitung
beginnt sich endlich auf ihre Pflichten den Lebenden gegenüber zu
schließen. Sie gab Paul Graener mit „Ereoplaus“, Franz
Schäfer mit den „Gezeichneten“ das Wort, brachten eben erfol-
reich des Frankfurter Regner-Schülers Bernhard Selles Oper:
„Schaharade“ heraus und bereitet für diese Spielzeit noch
vor: „Meister Dandolo“ von Siegel und die komische Oper:
„Meister Guido“, von dem noch fast unbekanntem Münchener
Dramatiker Koryel. Selles hat zu einem willkommenen Zweck von der
jungen Gestalt Galkewitz, das ein orientalisches Märchen
bedeutungsvoll als Seelische dreiteil, eine Musik gezeichnet, die mehr
von abendländischen Verstandeselementen bestrahlt als von der Blut
der Sonne Indras erbigt ist. In viel Kultur, Technik, Kompa-
nist, zu wenig Phantasie, Einmaligkeit, unmittelbare Melodie.
Gleichwohl erwidert seine Tonsprache hellenweise das Herz, weil
ein ehrliches Empfinden aus ihr spricht und der Wille, die fal-
sphonischen Ergeße der modernen Orchesterkompositionen nach
Kräften zu vermeiden. Er ficht auf musikalische Linie, auf
Oekonomie und Geschlossenheit der Szene und will durch thematis
die Reimotivität verweisen machen.

Notizen.

— Russl. Am 3. April, 6-7 Uhr, veranstaltet Friedrich Zeit-
mann in der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche ein
Orgelkonzert. — Am 6. April, abends 8 Uhr, gibt in der
Jerusalemkirche der Kirchenvorstand (Dir. Prof. Max Schlegel)
ein Mendelssohn-Konzert. — In dem Konzert, das die Sing-
akademie unter Leitung von Prof. Georg Schumann am Sonn-
abend veranstaltet, wird das neueste Werk des nunmehr 81-jährigen
Max Bruch (Jahresfeier für Wigorn) und Brahms Requiem auf-
geführt. Öffentliche Hauptprobe Freitag 4 Uhr.

— Die Volkshochschule, die der Volkshochschul-Bund am
6. April, vormittags 11 Uhr im Berliner Opernhaus veranstaltet,
hat zur Mitwirkung Leo Blech, Camille Reizner, sowie das Orchester
des Opernhauses gewonnen.

— Handelsbuchdruckerei Berlin. Das Verlagsver-
zeichnis für das Sommersemester 1919 ist erschienen und beim Ver-
lag Berlin C. 2, Spandauer Str. 1, für 50 Pf. zu kaufen.

— Die Jagdheute in Preußen während eines Jahres
wird der Jagdzeitung St. Hubertus zufolge geschätzt auf: 22 400
Stück Rotwild, 18 000 Stück Rehwild, 14 400 Gänse, 102 000 Stück
Rehe, 4 000 000 Stück Hasen, ebenso viel Kanarienvögel, 800 000 Stück
Ranikens, 14 800 Stück Kurrigelflägel, Vögel, und Gänse, 240 000
Stück Hasen, 400 000 Stück Enten. Dies sind rund 20 Millionen
Stück Wildpret. Die Masse der großstädtlichen Bevölkerung hat
von dieser vorzüglichen Statistik nur den einen Eindruck: Keine
Sonne — für andere.

Bericht Schöpfli's aus den Gefängnissen.

Der Gouverneur von Berlin, Genosse Schöpfli, teilt uns folgendes mit:

Um den in der Presse erhobenen Klagen über die Behandlung der bei den letzten Unruhen in Berlin eingelieferten Gefangenen nachzugehen, habe ich außer den Gefängnissen in Moabit und in der Lehrlers Straße nunmehr auch die Gefängnisse in Plötzensee und Tegel einer Besichtigung unterzogen und nach eigener Auswahl mich mit einer sehr großen Zahl von Gefangenen unterhalten. Sonst

die Befragung

in Betracht kommt, ergab sich das überraschende Resultat, daß die Gefangenen, die in größerer Zahl in großen Zellen untergebracht sind, übereinstimmend über die Beschaffenheit und Menge der verabschiedeten Nahrungsmittel sich beklagen, während die in Einzelzellen untergebrachten Gefangenen im allgemeinen zufrieden waren, in der Ausnahme ebenfalls Ausstellungen zu machen hatten. Die Ursache, daß das Essen gut geschmeckt, aber der Menge nach nicht immer ausreichend sei, waren zahlreich. Ueber die Behandlung durch die Beamten der Gefangenenanstalten äußerten sich bis auf eine Ausnahme sämtlich günstig. Die eine Ausnahme, wo ein Gefangener von einem Aufseher einen leichten Schlag bei der Einlieferung erhalten hat, wurde in meiner Gegenwart durch den Herrn Direktor durch Gegenüberstellung des angelegten Aufseher's näher unterleuchtet. Wichtig ist, daß an den ersten beiden Tagen, wo sich die Einlieferung der Gefangenen in großer Zahl vollzogen hat, allerlei Unzuträglichkeiten sich ergeben haben, die jedoch zu vermeiden außerhalb der Kraft und Möglichkeit der Verwaltung gelegen hat. Das gab den freiwillig auch Gefangene zu. Eine recht böse Unzuträglichkeit war die durch den Abbruch geübte Unterbringung von Gefangenen in den sogenannten Kojen oder Kuffen im Gefängnis Plötzensee. Diese Kuffen sind in der Tat eine an das Mittelalter erinnernde Einrichtung, deren Aufrechterhaltung im 20. Jahrhundert als ein Skandal bezeichnet werden muß. Die Verwaltung bedauert selbst auf das allerheftigste das Vorhandensein dieser Einrichtung. Die Strafhaft Plötzensee ist eine sogenannte Probieranstalt, die etwa zehn oder noch mehr Systeme der Unterbringung von Gefangenen in sich enthält. Es muß als ein dringendes Gebot bezeichnet werden, hier auf beschleunigtem Wege Abhilfe zu schaffen.

Ein trübes Kapitel

Es unstrittig die Behandlung, die ein Teil der eingelieferten Gefangenen durch die Soldaten erfahren hat, die die Gefangenen und den Transport zu bewerkstelligen hatten. Die Gefangenen sind vielfach und zum Teil schwer mißhandelt, einzelne auch getötet worden. Ich habe am 31. März, am Tage der Besichtigung, bei mehreren Gefangenen noch die sichtbaren Spuren der erlittenen Mißhandlungen sehen können. Einzelne Gefangene, darunter auch solche, die mit im Felde waren, haben mir mit Tränen in den Augen von den Mißhandlungen erzählt, wobei offenbar die Erinnerung an die erlittene Schmach härter als etwa die Erinnerung an den erlittenen körperlichen Schmerz war. Bemerkenswert war, daß eine Anzahl Gefangener freiwillig erklärte, beobachtet zu haben, daß sich

die Offiziere gegen die Mißhandlungen

gewendet haben, aber, was begreiflich ist, nicht überall zur Stelle sein konnten. Daß auch viele Gefangene erklärten, weder mißhandelt worden zu sein noch Mißhandlungen gesehen zu haben, trotzdem sie ebenfalls an den schlimmsten Unruhetagen eingeliefert worden sind, darf nicht verwiegen werden. Es darf aber auch nicht verschwiegen werden, daß die Truppen durch die heimtückische Kampfmethode, der sie in jenen unglücklichen Kampfzügen des Bürgerkrieges ausgesetzt waren, und durch die unbestreitbare, zum Teil bestialische Ermordung von Kameraden in Verbindung mit den wilden Gerüchten, die damals Berlin durchschwarzten, in die größte Erregung versetzt worden sind. Unterhaltungen darüber haben manche sehr eindrucksvolle Schilderung des Seelenzustandes der kämpfenden Truppe zutage gefördert. Die so scharf angelegte Brigade Reinhardt hat in jenen Tagen mit an den schlimmsten Posten gestanden.

Der Anschluß Deutschösterreichs.

Die gemischten Kommissionen zur Beratung der Anschlußfrage werden Ende dieser Woche oder Anfang nächster Woche zusammentreten.

Verfassungsausschuß in Weimar.

Ein Vorstoß des Zentrums.

Weimar, 1. April. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Die heutige Sitzung des Verfassungsausschusses hat sich bisher in einer Generaldebatte mit der Frage der Trennung der Kirche und des Staates beschäftigt. Die Veranlassung war, daß die bürgerlichen Parteien die ersten beiden Artikel, die über die Staatsrechte des deutschen Volkes handeln, zurückgeschickt haben und sofort in die Beratung des Artikels 20 eingetreten sind, der sich mit der Glaubens- und Gewissensfreiheit beschäftigt.

Dieser Schritt ist vollzogen worden auf das Betreiben des Zentrums. Das Zentrum will seine kirchenpolitischen Absichten in die Reichsverfassung einfügen, weil es der Landesgesetzgebung auf diesem Gebiet nicht mehr traut. Das Zentrum hat damit eine große Schwärzung vollzogen. Bisher hat das Zentrum in den Beratungen des Verfassungsausschusses sich stets bemüht, die Rechte der Einzelstaaten und die Zuständigkeiten der Einzelstaaten entweder zu vergrößern oder doch nicht verringern zu lassen. Jetzt mit einem Male macht das Zentrum einen Bruch mit dieser Vergangenheit und wünscht in die Reichsverfassung Artikel aufgenommen zu sehen, die nach Ansicht der Rechte der Landesgesetzgebung vorbehalten bleiben sollen. Im allgemeinen verlangen die Artikel, die das Zentrum vorschlägt — es hat zum Artikel 20 noch drei neue Anträge a, b und c angefügt — eine Stärkung der Kirchengewalt und sogar eine Stärkung der Macht der geistlichen Oberbehörden. Das Zentrum geht soweit, daß es für die Kirche beansprucht, daß sie im Besitz und Genuß der für ihre Kultur, Unterricht und Wohlfahrtswende bestimmten Kapitalen, Stiftungen und Fonds bleiben soll. Dasselbe gilt nach dem Willen des Zentrums auch für die auf Gesetz, Vertrag oder Befehl der Staatlichen Behörden beruhenden Staatsleistungen, sofern nicht eine im Gesetz vorgesehene oder frei vereinbarte Abfindung erfolgt. Ferner wünscht das Zentrum das Verweigerungsrecht der Kirche durch die Verfassung zu sichern, und es geht dabei so weit, daß es verlangt, daß die Kirchensteuer durch die bürgerlichen Behörden einzuziehen sind. Ferner will das Zentrum den Religionsunterricht als ordentliches Lehrfach in den Schulen haben. Die Leitung des Unterrichts soll Sache der Religionsgesellschaften sein, wobei das Zentrum der neuen Zeit nur insoweit eine Veränderung macht, als es verlangt, daß kein Lehrer wider seine religiöse Überzeugung zur Erteilung des Religionsunterrichts gezwungen werden soll.

In einem Änderungsantrag zum nächsten Artikel 31 verlangt das Zentrum, daß die konfessionellen Privatschulen weiter bestehen sollen. Es fordert ferner, daß der Besuch dieser konfessionellen Privatschulen von dem Besuch der öffentlichen Schulen anhängig ist, wenn der Lehrplan dieser Privatschulen

Die Aufzählung, die die Presseerörterungen über die Behandlung der Gefangenen innerhalb eines großen Teiles der Berliner Bevölkerung hervorgerufen hat, rechtfertigt es und verpflichtet mich, das Ergebnis meiner Besichtigungen nicht nur auf dem Wege des dienstlichen Berichtes, sondern auch auf dem öffentlichen Belangmachung mitzuteilen. Durch die Veröffentlichungen in der Presse und durch die Besichtigungen gewann eine von

Herrn Ledebour

am 20. März mit gegenüber getone Versicherung für mich eine wesentlich andere Bedeutung als damals. Ich habe deshalb Herrn Ledebour nochmals befragt. Er protestiert lebhaft dagegen, daß politische Gefangene an einem Orte untergebracht wurden, der gleichzeitig auch von den Reichswehrtruppen besetzt wird.

Nicht unerwähnt soll bleiben, wie die „Freiheit“ die Beschwerden über die Behandlung der Gefangenen parteipolitisch ausnützt. Auf die halbamtliche Mitteilung über meinen Besuch in den Gefängnissen in Moabit unterstellte mir das Blatt, ich hätte erst dann inspiert, als „alles in Ordnung gebracht worden ist“, und die Grenzwachen der Regierungstruppen „schon seit Wochen in der Oeffentlichkeit bekannt waren“. Mein Besuch in den Moabit Gefängnissen fand am 20. März statt, die „Freiheit“ selbst gibt aber an, daß die von ihr behaupteten Vorgänge vom 8. bis 15. März sich abgespielt haben. Nicht durch die Oeffentlichkeit, sondern am 18. März durch Arbeiter eines Betriebes habe ich zuerst Klagen über die Behandlung der Gefangenen vernommen und bin ihnen dann sofort aus eigenem Entschluß und auch auf Anregung von Offizieren des Gouvernements nachgegangen. Die „Freiheit“ sucht ferner den Anschein zu erwecken, als hätte ich die Regierungstruppen befragt. Da die Freilochs, gegen die sich hauptsächlich die Anklagen richten, mir in keiner Weise dienstlich unterstellt sind, konnte ich sie nicht befragen, vielmehr habe ich die Gefangenen und Bewachungen befragt. Das Blatt behauptet, eine Fülle von Material und Beweisen für die Mißhandlung von Gefangenen zu besitzen. Warum hat es im Interesse der Gefangenen mich nicht sofort auf die Vorgänge aufmerksam gemacht? Wozu ein telefonischer Anruf genügt hätte. Diese Pflicht für die Gefangenen stand der parteipolitischen Ausnützung weit voran, falls die „Freiheit“ in erster Linie an die Gefangenen, statt an den parteipolitischen Gewinn gedacht haben sollte.

Dieser Bericht des Gouverneurs von Berlin, des Genossen Schöpfli, gibt erschreckende Tatsachen mit großer Offenheit zu. Es ist notwendig, über die Vorgänge, die sich in den Höfen von Moabit abgespielt haben, eine gründliche Untersuchung anzustellen und Schuldige zu bestrafen. Angelegene Elemente müssen aus den Regierungstruppen entfernt werden. Angesichts der geschilderten Mißstände in den Gefängnissen erheben wir aufs neue die Forderung, daß Personen, die durch ihre politische Überzeugung mit der Rechtsordnung in Konflikt geraten sind, eine bessere Unterkunft bereitet werde. Mit Mördern und Blünderern wird niemand besonders Mitleid haben, aber Personen, die aus politischer Leidenschaft die Geseze übertreten haben und deren Ehrenhaftigkeit niemand bestreitet, verdienen auf alle Fälle eine anständige und achtungsvolle Behandlung.

Wir verurteilen Anschuldigungen, die von Organen der Regierung begangen werden, rüchlos und werden nicht aufhören, Sühne für begangene Verbrechen und Abstellung vorhandener Mißstände zu fordern. Es fehlt nun, daß die Unabhängigen mit der gleichen Entschiedenheit die Bestialitäten verurteilen, die von Seiten der Aufständischen begangen worden sind. Dann werden wir dem inneren Frieden um einen großen Schritt näher kommen, und die Opfer des letzten Bürgerkriegs, der dann wirklich der letzte gewesen sein wird, werden sich durch eine Amnestie bald wieder ihrer Freiheit erfreuen dürfen!

mindestens das Ziel der öffentlichen Schulen erreicht. In das Zentrum geht sogar so weit, zu verlangen, daß Anhalten dieser Art, soweit ihr Unterricht Kindern aller Volksschichten zugänglich ist einen Zuschuß aus öffentlichen Mitteln erhalten, der dieser Entlastung der öffentlichen Schulen entspricht. Die Parteien der Rechten, die Konservativen und Nationalliberalen, haben sich dem Zentrumsantrage vollständig angeschlossen, auch denjenigen Anträgen, die da bestimmen, daß die Orden und Kongregationen dieselbe Freiheit der Vereinerung erhalten sollen wie die Religionsgesellschaften selber. Die Konservativen und Nationalliberalen wichen nur insoweit von dem Zentrumsantrage ab, als sie die Regelung des Verhältnisses zwischen Staat und Kirche der Landesgesetzgebung zuweisen, dabei aber Grundzüge aufstellen, die im Sinne und in der Reichweite der Zentrumsanträge liegen.

Die Debatte ist in der heutigen Nachmittagsitzung des Verfassungsausschusses, der auch Prof. Hornow bewohnte, über die Generaldebatte noch nicht hinausgekommen. Von sozialdemokratischer Seite nahmen zu den Zentrumsanträgen das Wort die Abgeordneten Meersfeld und Quard. Sie erklärten dem Zentrum und den Parteien der Rechten, die die Zentrumsanträge voll unterstützen, daß es gewisse Fragen in diesen Anträgen gebe, über die die Sozialdemokratie mit sich nicht verhandeln lasse. Die Schulen gehören dem Staat, konfessionelle Privatschulen können nicht gebildet werden. Wohl aber könnten Privatschulen erlaubt werden, als von ihnen eine Förderung der fortschrittlichen Pädagogik ausgeht kann. Die sozialdemokratischen Redner erklärten ferner, daß sie der Gleichstellung von Religionsgesellschaften und geistlichen Oberbehörden (Ordnungen) nicht zustimmen können. Sie leisten außerdem entschiedenen Widerstand der Forderung, daß die Staatsleistungen für die Kirche beibehalten werden sollen. Daß die Sozialdemokratie den Religionsunterricht als obligatorisches Lehrfach in den Schulen verwerfe, ist selbstverständlich. Er ist nur als fakultativer Unterricht eventuell zu gestatten. In diesen Kirchen- und Schulfragen könnte die bürgerliche Demokratie die volle Freiheit retten, wenn sie wollte. Sie bildet das Jünglein an der Woge. Aber die Demokraten sind teils la, teils in diesen Fragen gespalten. Die sozialdemokratischen Mitglieder des Verfassungsausschusses haben nur in einer kleinen Abänderung ihres Gesetzentwurfs zum Artikel 20 eine demokratische Hilfe bekommen.

Der fernere Gang der Verhandlungen wird ergeben, inwiefern die Demokraten in diesen Fragen zu ihrem Programm stehen werden, das sie in Tausenden von Versammlungen vertreten haben.

Gaushaushaltsauschuß in Weimar.

Enteignung von Waldland.

Der Haushaltsauschuß der Nationalversammlung nahm zur Studienverordnen einen Antrag an, wonach bei der Enteignung von Moor- oder Deichland als Entschädigung der kapitalisierte Mehrwert zu gewähren ist, den das Land im unverbesserten Zustande hat. Bei besonderen Verhältnissen kann der Enteignungsbehörde eine höhere Entschädigung festsetzen. Der Rechtsweg gegen die festgesetzte Entschädigung ist ausgeschlossen.

Die preussische Regierung zur Friedensfrage

Um das preussische Staatsgebiet.

Am Montag traten unter Leitung des Unterstaatssekretärs Heinrich vom Preussischen Staatsministerium Sachverständige aus Ost-, Westpreußen, Posen und Oberschlesien zusammen. Im Anschluß an diese Vollversammlung fanden unter den Sachverständigen der einzelnen Provinzen unter Zuziehung der beteiligten preussischen Ressorts provinzielle Konferenzen statt. Die Einzelberatungen dürften im Laufe der Woche zu Ende geführt werden, so daß Ende der Woche mit der abschließenden Vollversammlung aller provinziellen Sachverständigen unter Leitung des Staatsministeriums zu rechnen ist.

Die Haftentlassung Däumigs.

Ins wird geschrieben:

Die Verhaltung und Haftentlassung Däumigs haben der „Freiheit“ den Anlaß zu Angriffen gegen die preussische Regierung, insbesondere gegen den Minister des Innern Heine, gegeben, die auf völlig unrichtigen Voraussetzungen beruhen. Der Haftbefehl ist nicht von einem Ministerium, sondern von dem Untersuchungsrichter erlassen worden auf Grund der damals vorliegenden belastenden Zeugenaussagen. Derselbe Untersuchungsrichter hat den Haftbefehl wieder aufgehoben, nachdem infolge neuer Zeugenaussagen die Voraussetzungen, unter denen der Haftbefehl erlassen worden war, zweifelhaft erscheinen konnten, wenn auch der Verdacht selbst durch sie noch nicht völlig beseitigt ist. Weder beim Erlass, noch bei der Aufhebung des Haftbefehls ist ein Trud auf den Untersuchungsrichter verlegt worden und haben politische Erwägungen, insbesondere die von der „Freiheit“ behauptete Drohung mit dem Generalsirell eine Rolle gespielt.

Erklärung der Vollzugsratsmitglieder der S. P. D.

In der gestrigen Sitzung der auf dem Boden der S. P. D. stehenden Arbeiterräte nahm Genosse Reue Bezug auf eine am Montagabend in der „Freiheit“ erscheinende Notiz, welche sagt, die zum Wählerkongreß aufgestellte Kandidatenliste der S. P. D. wolle keinen Namen der die bisherige Fraktionspolitik vertretenden Genossen, wie Straßer, Erdmann und Franz auf. In der Fraktionssitzung der S. P. D. sei gegen die genannten Führer, die sich bereits selbst als Kandidaten aufgestellt hatten, Opposition entstanden. Das beweise, daß innerhalb der Reichspartei bei den Arbeitern ein starker Aufbruch nach links eingetreten habe, was vor allem auf die Haltung der Führer zur Frage der Arbeiterräte zurückzuführen sein dürfte.

Dazu erklärte Genosse Reue namens aller Mitglieder der S. P. D. im Vollzugsrat:

Wir haben stets voller Wahrung unserer Parteigrundzüge im Einvernehmen mit der sozialdemokratischen Bezirksorganisation für den Ausbau des Wählerkongreß nach den realistischen Richtlinien gewirkt. Für unsere Beiräte und unsere Stellungnahme zu den verschiedenen Fragen übernehmen wir solidarisch jede Verantwortung, insbesondere auch bezüglich unserer Stellung zu den Delegiertenwahlen zum zweiten Wählerkongreß. Wir stellen der Fraktion der Arbeiterräte der S. P. D. andeem, und abzurufen, wenn wir ihr Vertrauen nicht mehr besitzen sollten.

Die Versammlung nahm diese Erklärung ohne Debatte zur Kenntnis.

Der Gas- und Wasseraufruf zurückgezogen.

Der Gouverneur von Berlin, Gen. Schöpfli, schreibt:

Durch einen von mir erlassenen Aufruf in voriger Woche wurden freiwillige für die Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke für Groß-Berlin gesucht. Sowohl die Berliner Gewerkschaftskommission, wie die in Betracht kommenden Gewerkschaften haben wegen des Aufrufs lebhaften Einspruch erhoben. In einer gemeinsamen Sitzung mit der beteiligten Organisation und der Gewerkschaftskommission wurde auf die tiefergehende Erregung in der Arbeiterschaft hingewiesen. Die Gefahren, die die organisierte Arbeiterschaft bei der Durchführung des Aufrufs herbeiführt, sind m. E. nicht vorhanden, aber die tiefergehende Erregung in der Arbeiterschaft ist eine Tatsache, und da es weder meine noch eines anderen militärischen Stelle Aufgabe und Religion ist, in scharfen Gegensatz zu der organisierten Arbeiterschaft zu geraten, und außerdem, wie sich bei der mündlichen Unterhaltung herausgestellt hat, ein bedauerliches Mißverständnis beim Ertrag des Aufrufs abzuwehren, ziehe ich den Aufruf zurück.

Bei der Veröffentlichung meines Aufrufs ließ ich mich von der Notwendigkeit leiten, an die organisierte Arbeiterschaft das dringende Ersuchen zu richten, dafür Sorge zu tragen, daß bei allgemeinen Streiks der Schutz der Säuglinge, Kranken, Krankenanstalten und Hauswirtschaften gesichert werde.

Der Gouverneur, Schöpfli.

Die Kontrolle der Stadt Berlin.

Der Vollzugsrat beriet mit der Volksbeauftragten der Stadt Berlin. Die Aussprache hat ergeben, daß der Vollzugsrat mit der Tätigkeit der Volksbeauftragten vollumfänglich zufrieden ist.

Die von den A.-Räten der städtischen Betriebe geforderte Kontrolle kann sich nur auf diese Betriebe und deren Verwaltungsbüro erstrecken, während die Kontrolle der Stadtwirtschaft nach wie vor dem Vollzugsrat bzw. dessen Beauftragten zugeht. Es wurde einstimmig beschlossen:

„Der Vollzugsrat übt die Kontrolle über die Stadtwirtschaft Berlins aus. Er überträgt diese Kontrolle den vier Volksbeauftragten, die gemeinsam mit dem kommunalen Ausschuß des Vollzugsrats ihre Tätigkeit ausüben.“

Weiter wurde beschlossen: Die Erfindungsrechte der komm. A.-Räte Groß-Berlins soll der Entscheidung einer sofort einberufenen Vollversammlung der Groß-Berliner A.-Räte gemeinsam mit den komm. A.-Räten überlassen bleiben, desgleichen auch deren Eingliederung in den Rat der Volksrat.

Diese Vollversammlung der Groß-Berliner A.-Räte ist am Sonnabend, vormittags 10 Uhr, in den Kammerjalen, Teltower Straße, einzuberufen.

Der Reichsverband der Auslandsdeutschen, St. Berlin SW. 65, Zimmerstraße 18a, der Flüchtlinge aller Länder umhüllt, beabsichtigt, vor Eintritt in die Friedensverhandlungen geeignete Schritte zu ergreifen, um das zukünftige Schicksal der von Haus und Hof vertriebenen Auslandsdeutschen und Rückkehrerinnen nach Möglichkeit zu mildern. Diese Aktion wird gefordert, wenn alle Auslandsdeutschen hinter dem Verband stehen und ihm sofort ihre genaue Adresse sowie die bekannter Leidensgefährten durch Postkarte mitteilen.

Schiedsgerichtsvertrag zwischen England und Chile. Der britische Gesandte in Chile und der chilenische Minister des Auswärtigen unterzeichneten einen Schiedsgerichtsvertrag über die Erleichterung einer Friedenskommission für die Lösung der Schwierigkeiten, die auf diplomatischem Wege nicht lösbar sind, vorliegt.

